



Biodiversität ist Infrastruktur

Parlamentarischer Abend im Naturkundemuseum Berlin



Der parlamentarische Abend im Museum für Naturkunde Berlin verknüpfte wissenschaftliche Perspektiven mit politischen Handlungsoptionen und eröffnete so einen Raum für konstruktiven Dialog und evidenzbasierte Entscheidungsfindung.

Am 17. März 2026 kamen 40 geladene Gäste aus Politik, Verwaltung und Wissenschaft im Sauriersaal des Museums für Naturkunde Berlin zusammen, um bei einem gemeinsamen Abendessen über die Umsetzung der EU-Verordnung zur Wiederherstellung der Natur und der Nationalen Biodiversitätsstrategie 2030 in Deutschland zu diskutieren. Ziel der Veranstaltung war es, wissenschaftliche Perspektiven und politische Handlungsoptionen zusammenzubringen und zentrale Herausforderungen beim Schutz und der Wiederherstellung der biologischen Vielfalt zu erörtern. Hintergrund der Diskussion sind die zunehmende Gefährdung globaler Ökosysteme und die entsprechenden Auswirkungen: Weit mehr als die Hälfte der globalen Ökosysteme sind geschädigt und das Artensterben wird durch menschliche Einwirkungen entscheidend beschleunigt. Der Schutz von Biodiversität ist Grundlage für den Erhalt natürlicher Ökosysteme und ihrer Leistungsfähigkeit und ist essenziell für die wirtschaftliche Produktivität, Gesundheit und Sicherheit der Menschheit.



Die beiden Schirmherren Klaus Mack, MdB (links), und Dr. Jan-Niclas Gesenhues, MdB (rechts), hoben den hohen Stellenwert eines kontinuierlichen und strukturierten Austauschs zwischen Wissenschaft und Politik hervor. Dieser bildet eine wesentliche Grundlage für die Entwicklung wirksamer Strategien zum Schutz und zur Wiederherstellung der Biodiversität.

Die Veranstaltung stand unter der Schirmherrschaft von Klaus Mack, MdB, und Dr. Jan-Niclas Gesenhues, MdB, die beide Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz des Deutschen Bundestages sind. Nach dem Ankommen der Gäste eröffnete Prof. Dr. Johannes Vogel, Direktor des Museums für Naturkunde Berlin, die Veranstaltung mit einem Grußwort und hob die Bedeutung eines kontinuierlichen Dialogs zwischen Wissenschaft und Politik für den Schutz und die Wiederherstellung von Ökosystemen hervor. Beide Schirmherren betonten in ihren Grußworten die Relevanz des Artenschutzes, insbesondere da andere Themen derzeit die Tagespolitik bestimmen. Unterstrichen wurde die Wichtigkeit eines engen Austauschs zwischen Wissenschaft und Politik, um die Umsetzung der europäischen und nationalen Biodiversitätsziele wirksam voranzubringen. Neben der unbestrittenen Rolle, die Artenvielfalt für menschliches Wohlbefinden hat, ist es auch der „Eigenwert der Natur“, den es zu erhalten und zu schützen gilt. Darüber hinaus ist das erfolgreiche Zusammenwirken von Klimaschutz und Artenschutz, wie es beispielsweise im Aktionsplan Natürlicher Klimaschutz bereits umgesetzt wird, wegweisend.

An fünf Thementischen diskutierten die Teilnehmenden gemeinsam mit Expertinnen und Experten zentrale Aspekte der Biodiversität.

Naturschutzstrategien und Finanzierungsinstrumente

Prof. Dr. Katrin Böhning-Gaese und Prof. Dr. Bernhard Misof:



In der Diskussion wurde deutlich, dass Schutzgebiete und Wiederherstellungsmaßnahmen nur dann wirksam sind, wenn sie strategisch geplant, systematisch gemanagt und langfristig finanziert werden. Angesichts ambitionierter nationaler und europäischer Ziele bestand Einigkeit darüber, dass öffentliche Mittel allein voraussichtlich nicht ausreichen werden und Finanzierungsinstrumente künftig stärker auf den Erhalt und die Wiederherstellung von Biodiversität ausgerichtet werden müssen. Unter den Diskutierenden war auch Sabine Riewenherm, Präsidentin des Bundesamtes für Naturschutz (BfN), die in diesem Zusammenhang auf zentrale Befunde der Naturbewusstseinsstudie 2023 des BfN verwies. Hervorgehoben wurde insbesondere, dass 85 Prozent der Erwachsenen und 80 Prozent der Jugendlichen die Erhaltung und Wiederherstellung von Ökosystemen als vorrangige gesellschaftliche Aufgabe ansehen. Zugleich unterstützen 88 Prozent der Erwachsenen staatliche Fördermaßnahmen für den natürlichen Klimaschutz, und 83 Prozent sprechen sich dafür aus, dass Naturschutz auch in Krisenzeiten ausreichend finanziell durch den Staat abgesichert werden soll. Diese Ergebnisse wurden als starkes Signal gewertet, dass ambitionierte Naturschutzstrategien und verlässliche Finanzierungsinstrumente auf breite gesellschaftliche Akzeptanz stoßen, wenn ihr Nutzen für Klima, Lebensqualität, wirtschaftliche Resilienz und gesellschaftliche Sicherheit klar vermittelt wird.





Im Tischgespräch orientierte sich die Diskussion eng an drei zentralen Themenfeldern. Erstens bestand Einigkeit über die große Bedeutung der Biodiversität in Binnengewässern. Flüsse, Seen und Auen in Deutschland wurden als Schlüsselräume für den Artenschutz hervorgehoben, deren Potenzial bislang nicht vollständig ausgeschöpft ist. Gleichzeitig wurde betont, dass diese Ökosysteme stark unter Druck stehen – sowohl durch den Klimawandel als auch durch intensive Nutzung. Der ökologische Zustand vieler Gewässer ist kritisch: Ein Großteil erreicht die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie nicht, und nur ein kleiner Teil der Auen ist noch funktionsfähig.

Zweitens wurde die Relevanz bestehender Regelwerke, insbesondere der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie und der Nationalen Wasserstrategie, intensiv diskutiert. Während ihre Zielsetzungen breite Zustimmung fanden, lag der Fokus auf Defiziten in der Umsetzung. Es mangelt weniger an gesetzlichen Grundlagen als an deren konsequenter Implementierung. Als zentrale Hindernisse wurden insbesondere Zielkonflikte mit anderen Nutzungen sowie begrenzte finanzielle, personelle und flächenbezogene Ressourcen genannt. Die Bedeutung der Stakeholderinteraktion wurde dabei sowohl für die Planung als auch für die Umsetzung von Maßnahmen betont.

Drittens widmete sich das Gespräch konkreten Maßnahmen, insbesondere dem Moorschutz. Aufbauend auf Erkenntnissen der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina wurde die Revitalisierung von Mooren und Auen als besonders wirkungsvoll für Biodiversitäts- und Klimaschutz hervorgehoben. Neben ihrer Funktion als Lebensraum tragen sie maßgeblich zur Kohlenstoffspeicherung, zur Verbesserung der Wasserqualität und zum Hochwasserschutz bei.





In der Diskussion wurde deutlich, dass für den Schutz der Meere bereits ein umfassender internationaler, europäischer und nationaler Rechts- und Strategierahmen besteht, von globalen Abkommen über OSPAR, HELCOM und die trilaterale Wattenmeerzusammenarbeit bis zu MSRL, FFH- Richtlinie, Natura 2000, EU-Biodiversitätsstrategie und Nationaler Biodiversitätsstrategie. Der Zustand der Meere zeigt jedoch, dass es vor allem an der Umsetzung fehlt. Der gute Umweltzustand nach MSRL wird verfehlt, fast alle relevanten marinen Lebensraumtypen sind nach der FFH-Richtlinie in einem ungünstigen bis schlechten Zustand, und obwohl rund 45 Prozent der deutschen Meeresfläche als Schutzgebiete ausgewiesen sind, stehen bislang weniger als 1 Prozent tatsächlich unter strengem Schutz. Um die beschlossenen Ziele zur nachhaltigen Nutzung und langfristigen Sicherung mariner Ressourcen und Ökosystemleistungen zu erreichen, müssen Maßnahmen konsequenter umgesetzt, kontrolliert und auf ihre Wirkung überprüft werden.

Zudem wurde betont, dass externalisierte Kosten sowie die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen von Handeln und Nicht-Handeln stärker sichtbar gemacht werden müssen. Belastungen für die Gesellschaft, etwa durch den Verlust von Ökosystemleistungen, steigenden Wiederherstellungsbedarf oder zunehmende Klimafolgen, werden bislang zu wenig berücksichtigt und sollten stärker kommuniziert werden. Auch bestehende Lösungsansätze müssen sichtbarer und so gestaltet werden, dass sie genehmigungsfähig und umsetzbar sind. Zugleich wurde hervorgehoben, dass marine Ökosysteme sich deutlich von terrestrischen Lebensräumen unterscheiden. Sie sind nicht in gleicher Weise kultivierbar, stehen nicht im Privateigentum und haben oft keine direkt angrenzenden Eigentümer oder Anwohner. Daraus ergibt sich ein größerer politischer Handlungsspielraum und eine besondere Verantwortung, diesen konsequent für Schutz, Wiederherstellung und nachhaltige Nutzung einzusetzen.



Insgesamt wurde unterstrichen, dass der Schutz der Meere nicht nur ökologisch notwendig, sondern auch für Erholung und Tourismus, Nahrungssysteme, den Vogelzug, Stoffkreisläufe und die Klimaregulation von großer Bedeutung ist.

Biodiversität und Landwirtschaft sowie Landnutzung

Prof. Dr. Harald Grethe und Prof. Dr. Jan Vanderborcht:



In der Diskussion herrschte Konsens über die große Bedeutung und das erhebliche Potenzial von Agrarlandschaften in Deutschland für den Artenschutz. Dennoch geben die zahlreichen Regulierungs- und Fördermechanismen für die Landwirtschaft auf europäischer und nationaler Ebene gegensätzliche Anreize, wodurch Ökosystemleistungen von nachhaltigen Agrarlandschaften nur eingeschränkt unterstützt werden, zumal bestehende Zielkonflikte dadurch nicht gelöst werden. Das gilt insbesondere auch für die pauschalen Flächenprämien der "Ersten Säule" der derzeitigen Förderperiode der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU. Das größte Potenzial, artenschutzkonform in der Landwirtschaft wirksam zu werden, liegt dennoch in den Förderinstrumenten der GAP, wenn sie in der nächsten Förderperiode ab 2028 entsprechend angepasst werden. Aus Sicht der Landnutzer und -besitzer ist Verlässlichkeit und Langfristigkeit der Förderung entscheidend, um biodiversitätsfördernde Maßnahmen umzusetzen, was derzeit aber oft nicht gegeben ist, da viele Ansätze als Pilotprojekte mit begrenzter Laufzeit angelegt sind. Zudem bedingt die Vielzahl der unterschiedlichen Förderprämien einen enormen Aufwand bei der Beantragung und Berichtspflicht. Die Umsetzung von europäischen Vorgaben wie aktuell der Wiederherstellungsverordnung der EU erfordert umfangreiche nationale Anpassungen, wobei zweifelhaft ist, ob detailliertere Vorgaben hilfreich wären. Diskutiert wurde außerdem, dass Geschäftsmodelle für eine nachhaltige Bewirtschaftung, wie beispielsweise Paludikulturen auf wiedervernässten Flächen, derzeit nicht skalierbar sind, da die Nachfrage nicht etabliert ist, sodass sich die Umstellung eines landwirtschaftlichen Betriebs auf Paludikultur derzeit wirtschaftlich nicht rechnet ("Henne-Ei-Problem").



Zusammenhänge zwischen Biodiversität und Klimawandel

Prof. Dr. Almut Arneith und Dr. Johannes Förster:



In unserer Diskussion wurde deutlich, dass der Erhalt von Biodiversität eine zentrale Grundlage für Klimaschutz und Anpassung ist. Gesellschaftliches Wohlergehen und wirtschaftliche Resilienz hängen von intakten Ökosystemen ab. Diskutiert wurden aktuelle Studien, die den Verlust von Biodiversität als nationales Sicherheitsrisiko und als systemisches Risiko für das Finanzsystem einordnen, unter anderem vom UK Government 2026 und NGFS 2022. Der UNEP State of Finance for Nature Bericht 2026 zeigt zudem, dass bestehende Finanzströme den Biodiversitätsverlust in erheblichem Maße weiter antreiben und Anreizstrukturen entsprechend verändert werden müssen.

Ausgehend davon wurde erörtert, was dies für Gemeinden und lokale Akteure bedeutet und welche Ansätze skaliert werden sollten. Hervorgehoben wurde die positive Dynamik des Aktionsprogramms Natürlicher Klimaschutz, das mit seinen Finanzierungsmechanismen sektorübergreifende Vernetzung und die Skalierung lokaler Lösungen unterstützt. Betont wurde zudem, dass es mehr Mechanismen braucht, um Brücken zwischen Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu bauen und nachhaltige Lösungen voranzubringen. Der Ausbau erneuerbarer Energien kann etwa besser gelingen, wenn Gemeinden frühzeitig an Planung und Gewinnbeteiligung beteiligt werden. So lassen sich auch Nutzungskonflikte konstruktiver verhandeln. Als weiteres Instrument wurden Nature Credits und die EU Nature Credit Roadmap zur Mobilisierung von Privatkapital für Schutz und Wiederherstellung von Ökosystemen diskutiert.



Die übergeordnete Kernbotschaft lautet: „Biodiversität ist eine essenzielle Infrastruktur, die entwickelt und gemanagt werden muss. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass Verpflichtungen und Strategien nicht nur existieren, sondern dass diese in der Praxis auch konsequent umgesetzt werden und die intendierte Wirkung erzielen. Dafür sind umfassende, sektorübergreifende Ansätze notwendig, welche die Gesellschaft einbeziehen. Zentrale Herausforderungen sind dabei Zielkonflikte in der Flächennutzung und die Notwendigkeit eines eigenständigen Finanzierungskonzepts für die Umsetzung von Biodiversitätsschutzmaßnahmen auf langen Zeitskalen. Zudem braucht es gesetzlich geregelte Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten.“

Weitere Kernbotschaften zu den einzelnen Themen sowie Kontaktdaten der Expertinnen und Experten sind in einem Factsheet¹ zusammengefasst.





Bei seinem Grußwort eröffnete Prof. Dr. Johannes Vogel (links), Direktor des Museums für Naturkunde Berlin, den parlamentarischen Abend und betonte die Relevanz des Austauschs zwischen Wissenschaft und Politik. Den Abschluss bildete das Schlusswort von Prof. Dr. Katrin Böhning-Gaese (rechts), Direktorin des Helmholtz-Zentrums für Umweltforschung, die die Bedeutung der Biodiversität als Grundlage menschlicher Existenz unterstrich.

In ihrem Schlusswort betonte Prof. Dr. Katrin Böhning-Gaese, Direktorin des Helmholtz-Zentrums für Umweltforschung: „Biodiversität ist unsere Existenzgrundlage.“ Sie wies eindrücklich darauf hin, dass Biodiversität auch in den Bereichen Wirtschaft und Sicherheit eine zentrale Rolle spielt. Um Biodiversität im größeren Maßstab zu schützen, brauche es, neben wirksamen Maßnahmenpaketen, vor allem auch positive Narrative. Um das zu unterstreichen, verwies sie noch einmal auf die BfN-Naturbewusstseinsstudie 2023: Für 98 % der Erwachsenen gehöre Natur zu einem guten Leben, den Menschen sei die wichtige Rolle der Natur also bewusst. Darauf könne man aufbauen, insbesondere, wenn Gerechtigkeitsaspekte mitgedacht werden und Ängste Beachtung erhalten, denn: „Naturschutzmaßnahmen sind erfolgreich.“



Das anschließende Get-Together im Sauriersaal des Museums bot den Teilnehmenden die Möglichkeit, sich weiter auszutauschen, aktuelle Herausforderungen und Ansatzpunkte zum Schutz der Biodiversität intensiver zu diskutieren und unterschiedliche Perspektiven zu beleuchten. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer äußerten, dass die neu geknüpften Kontakte zwischen Wissenschaft und Politik bei den anstehenden Gesetzesinitiativen, insbesondere zur Wiederherstellung der Natur, zur Stärkung der Natürlichen Infrastruktur und zur Fortentwicklung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung sowie zum Infrastruktur-Zukunftsgesetz, von großem Nutzen seien. Die Gäste schätzten die intensiven Gespräche im innovativen Austauschformat und lobten ausdrücklich die Möglichkeit zur fraktionsübergreifenden Diskussion und Vernetzung. Die hohe fachliche Expertise wurde als sehr hilfreich empfunden, und viele Teilnehmende wünschten sich weitere Veranstaltungen zum Thema Biodiversität.



Referenzen

- 1 Museum für Naturkunde Berlin und Helmholtz-Forum Erde-Umwelt (2026). Biodiversität in Deutschland – Status und politischer Handlungsbedarf. Factsheet. pp.1–8. https://doi.org/10.48440/mfn_helmholtz.2026.002

Fotos: © Markus Scholz / Leopoldina